NACHLESE

„Energieeffizienz. Der Schlüssel zu einer wirksamen Energie- und Klimastrategie Österreichs“

Veranstaltung von **Umwelt Management Austria** am 21.02.2017 in der WKO – Saal 6 (Rudolf-Sallinger-Saal), Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Viele interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Vertreterinnen und Vertreter von Sozialpartnern; von Firmen, die bereits für Effizienzmaßnahmen ausgezeichnet wurden; aus der Wissenschaft; von Ingenieurbüros; von NGOs; von Einrichtungen, die Fördermittel zur Erschließung von Effizienzpotenzialen bzw. für Forschung & Entwicklung zur Verfügung stellen; … sowie überaus kompetente und engagierte Vortragende konnte **Prof. Dr. Reinhold Christian**, Geschäftsführer von **Umwelt Management Austria**, am 21. Februar beim Fachdialog **„Energieeffizienz. Der Schlüssel zu einer wirksamen Energie- und Klimastrategie Österreichs** begrüßen. Er bedankte sich für die Ermöglichung des Fachdialogs im Gebäude der WKO sowie für die finanzielle Unterstützung des Fachdialogs durch den Umweltdachverband im Zuge einer Förderung durch das Ministerium für ein lebenswertes Österreich.

„Das Ergebnis der Klimakonferenz von Paris war sensationell: 195 Staaten haben sich auf das ehrgeizige Ziel geeinigt, den Temperaturanstieg weltweit im Mittel auf deutlich unter 2°C zu beschränken.

Es gilt, das Abkommen auch in Österreich mit Leben füllen. Das heißt, es braucht eine langfristige österreichische Energie- und Klimastrategie, die den Weg dorthin aufzeigt. Dem Energiesystem kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die Ziele von Paris erfordern die Dekarbonisierung des Energie- und darüber hinaus des gesamten Wirtschaftssystems. **Umwelt Management Austria** beschäftigt sich seit längerer Zeit mit diesem Thema. Die Studie „Zukunftsfähige Energieversorgung für Österreich“ hat unter Beweis gestellt, dass diese Energiewende möglich ist. Erneuerbare Energien können den derzeitigen Energiebedarf allerdings bei weitem nicht decken. Der Bruttoinlandsverbrauch muss daher halbiert werden. Der effizienten Nutzung der Energie kommt also ganz besondere Bedeutung zu, wenn wir nicht gänzlich auf unseren Komfort verzichten wollen. Die bisherige Energiepolitik in Österreich ist weit entfernt von einer Zielerreichung im Sinne der Vereinbarung von Paris, …“, so **Prof. Dr. Reinhold Christian** in seiner Einleitung zum Abend.

Christian machte darauf aufmerksam, dass im Rahmen des Fachdialogs unterschiedliche Standpunkte mit dem gemeinsamen Ziel präsentiert werden, Impulse zur Erreichung der Energie- und Klimaziele zu geben.

Mit der ersten Studie zur Energieeffizienz in Österreich „Energie 2030. Der sanfte Weg“ von 1984 wurden erstmals Energiedienstleistungen definiert (behaglich warme Räume, gekühlte Getränke, erledigte Transporte, …). Die Reaktionen waren damals dramatisch. Der

Zentralbetriebsrat der voest verknüpfte die Umsetzung der Inhalte mit der Vernichtung von 30.000 Arbeitsplätzen. Der Industrieminister erklärte, die Vorschläge der Studie seien schlimmer die Konfiszierung der österreichischen Industrie durch die Sowjets nach dem zweiten Weltkrieg.

Vor 2 Jahren wurde die Studie „Rechtsrahmen für die Energiewende Österreichs" abgeschlossen, welche sich mit dem Abbau rechtlicher Hemmnisse auf dem Weg zur Energiewende beschäftigte, so Christian. Hier gab es im Stakeholder-Prozess Äußerungen wie „bei der Wohnrechtsgesetzgebung ist alles in Ordnung", „keine Diffamierung der fossilen Energietechnologien", ..., „Es gibt ausreichend fossile Energieträger für viele Jahrzehnte." Heftige Kritik also (wenngleich höflicher als 1984), obwohl dirigistische Vorschläge nach Möglichkeit vermieden wurden.

Heute liest man dagegen schon vom Verbot der Ölkessel und fossil betriebener Fahrzeuge. Vor einigen Wochen gab es einen Artikel im Standard zum „maßlosen Effizienzwahn" (Effizienz total für ein Leben ohne Wonne). „Heute haben wir ein Energieeffizienzgesetz mit ursprünglich innovativen Ansätzen, das aber ermöglicht, dass bei Übererfüllung aller Einsparziele der Energieverbrauch trotzdem steigt.", so Christian weiter.

Im Rahmen des Konsultationsprozesses zur Energie- und Klimastrategie wurde offiziell die Frage gestellt, ob langfristige Ziele nach 2030 notwendig sind und somit allen Ernstes erforderliche Energie- und Klimaziele in Frage gestellt. „Es ist also viel von Effizienz die Rede, von der möglichen Umsetzung sind wir aber meilenweit entfernt. Der heutige Abend soll mit dazu beitragen, dass eine zukunftsfähige Energie- und Klimastrategie für Österreich entwickelt wird."

Dr. Jürgen Schneider, Prokurist, Umweltbundesamt GmbH, bedankte sich für die Organisation der Veranstaltung auf Grund des aktuellen und wichtigen Themas. Sein Dank galt ebenfalls der Wirtschaftskammer Österreich, in deren Gebäude der Fachdialog stattfand, da gemeinsam Lösungen im Sinn der Erreichung der Energie- und Klimaziele gefunden werden müssen und können.

Energieeffizienz ist auf Grund der Ratifizierung sowie Inkrafttretens des Pariser Klimaübereinkommens (Dekarbonisierung bis 2050, Ausstieg aus fossilen Energieträgern) erforderlich. Der durch den Menschen verursachte Klimawandel durch hohe Emissionen von Treibhausgasen ist wissenschaftlich eindeutig nachgewiesen, so Schneider. Die österreichische Bundesregierung und der Bundesgesetzgeber haben mit der Ratifikation ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz und implizit zur Dekarbonisierung bis Mitte des Jahrhunderts abgegeben. Dementsprechend müssen jetzt entsprechende Maßnahmen folgen. Die Dekarbonisierung – der weitgehende Verzicht auf die Nutzung fossiler Energieträger – bis Mitte des Jahrhunderts ist nur mit einer drastischen Reduktion des Energieverbrauchs erreichbar. Derzeit setzen wir jährlich gemäß Energiebilanz knapp 1.000 PJ fossile Energieträger und 400 PJ erneuerbare ein. Durch eine bloße Substitution der

fossilen Energie durch erneuerbare Energien ist die Dekarbonisierung nicht darstellbar, da derart große Mengen erneuerbarer Energie bis 2050 voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen. Daher ist eine drastische Reduktion des Energieverbrauchs unerlässlich. Die Reduktion des Verbrauchs hat positive Effekte auf die Leistungsbilanz sowie eine Reduktion der Auslandsabhängigkeit bei Energieträgern (bei Öl zu ca. 90%). „Wir geben Jahr für Jahr rund 10 Mrd. Euro für fossile Energieimporte aus. Erneuerbare Energien werden weitestgehend vor Ort erzeugt."

In den letzten Jahren konnte die Effizienz nicht verbessert werden, der Endenergieverbrauch pro Kopf wurde in Österreich nicht reduziert.

Gemäß eines Vorschlags der EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Klimaziele bis 2030 müssen die THG-Emissionen außerhalb des Emissionshandels in Österreich bis zu diesem Jahr um 36% (bezogen auf 2005) reduziert werden.

Zwischen dem EU-Ziel und dem aktuellen WEM-Szenario (‚With Existing Measures', eine Art Referenzszenario über die mögliche Entwicklung von Energie und Treibhausgasemissionen) des Umweltbundesamtes, klafft einige gewaltige Lücke, die es im Rahmen der Energie- und Klimastrategie zu reduzieren gilt. Der Zukauf von CO_2-Zertifikaten von anderen EU-Mitgliedstaaten wird u.a, auf Grund von Kostensteigerungen bei den Zertifikaten als nicht sinnvoll angesehen. Maßnahmen zur Zielerreichung sollten auch in Hinblick auf die notwendige Dekarbonisierung bis 2050 im Inland erbracht werden.

Schneider beschäftigte sich im Weiteren mit Effizienzpotenzialen in den Sektoren Mobilität bzw. Raumwärme.

Der Verkehr ist derzeit von besonders großem Einsatz fossiler Energieträger geprägt (Anteil erneuerbarer Energie unter 10 %). Seit 1990 ist der Energieverbrauch im Sektor Mobilität um über 50 % gestiegen. Ursache beim Personenverkehr ist die Zunahme der Verkehrsleistung (mehr Österreicherinnen und Österreicher), die Energieintensität (durchschnittlicher Energieeinsatz pro Straßenpersonenkilometer in Österreich) konnte in den letzten 25 Jahren nicht verbessert werden. Dies stellt nach Meinung von Schneider kein gutes Zeugnis für die Industrie aus. Effizienzsteigerungen in der Motorentechnik wurden durch schwerere Kfz und eine Abnahme des Besetzungsgrads kompensiert. Der Tanktourismus spielt im Personenverkehr lediglich eine untergeordnete Rolle. Biokraftstoffe brachten eine signifikante Reduzierung, weitere Reduktionen sind aber auf Grund der begrenzten Verfügbarkeit eingeschränkt möglich.

Zur Minderung des Flottenverbrauchs gab es eine Reihe von Initiativen von Europäischer Seite.

Eine freiwillige EU-Vereinbarung mit der Autoindustrie zeigte keine Wirkung bei der Reduktion von CO_2-Emissionen. Eine Wirkung brachte erst eine entsprechende bindende

Regelung. Die Automobilindustrie nutzte die regulatorischen Lücken allerdings aus, so erfolgte eine Verbesserung in den vorgeschriebenen Testzyklen, nicht aber unter realen Fahrbedingungen. Die Abweichung zwischen Testzyklus und realem Verbrauch entspricht bei heute verkauften Neuwagen im Schnitt 27%, 2001 hingegen nur 7%.

„Die Erbringung der Energiedienstleistung „Tochter (mit einem Gewicht von 20 kg) in den Kindergarten fahren“ wird durch zwei Fahrten mit einem Pkw, der ein Gewicht von 2 t und einen Wirkungsgrad 25% hat, erbracht. Letztendlich entspricht dies einem Gesamtwirkungsgrad von 1‰. Motorisierter individueller Verkehr (MIV) ist oft mit obszön ineffizienter Energieeffizienz verbunden.“, so Schneider.

Nach Meinung von Schneider bräuchte es u.a. realitätsnahe Testzyklen mit strengen Kontrollen und Vorgaben für einen sinkenden Flottenverbrauch. Die mittelfristig notwendige Vermeidung fossiler Energieträger ist nur durch eine schrittweise Abkehr von Kfz mit Verbrennungskraftmaschinen machbar. Auch der CEO von Daimler meinte, dass die bisherige Kfz-Technologie ein Ablaufdatum hat, so der Referent. Der Weg zur Elektromobilität sei vorgezeichnet.

Raumwärme und Warmwasser können mit einem Bruchteil der gegenwärtig aufgewendeten Energie bereitgestellt werden, so Schneider. Im Gebäudesektor konnte aber immerhin die Energieeffizienz durch eine steigende thermische Qualität der Gebäude verbessert werden. Allerdings steigen die Bevölkerungszahl, die Zahl der Haushalte und die Wohnfläche pro Person. THG-Emissionen konnten nicht nur durch Effizienzsteigerungen, sondern auf Grund des Einsatzes besserer fossiler Heiztechnologien (Erdgas), dem Einsatz von Fernwärme, dem Einsatz von Biomasse, der Reduktion der Heizgradtage (Anstieg der Außentemperaturen) reduziert werden. Schneider machte auch deutlich, dass auf Grund einer sehr geringen Sanierungsrate (unter 1%/a) nur eine relativ bescheidene Energieeffizienzverbesserung im Gebäudebestand zu verzeichnen ist. Nach Ansicht von Schneider würden sich Wirtschaft und Umwelt mit einer Erhöhung der Sanierungsrate sehr schnell treffen und profitieren. Er verdeutlichte, dass die Wohnbauförderung die Sanierungsrate steigern kann und war der Ansicht, dass die Wohnbauförderung im Neubau auf Grund der strengen Vorgaben im Sinn der Energieeffizienz nur mehr wenig erbringen würde. Er sprach sich für mehr finanzielle Mittel als bisher für die thermische Sanierung von Gebäuden auf Kosten des Neubaus aus. Letzterer sollte nur mehr in Niedrigstenergiestandard (≤ 10 kWh/m^2*a) ohne den Einsatz fossiler Energieträger erfolgen.

In den Bundesländern entwickelt sich die Energieeffizienz, die Sanierungsrate, der Einsatz erneuerbarer Energien unterschiedlich: „Bundesländer, die auf Steigerung der Sanierungsraten, den Einsatz erneuerbarer Energien setzen, sehen die Erfolge, die sich dann auch in den Statistiken niederschlägt.“.

Schneider meinte betreffend das viel diskutierte Energieeffizienzgesetz, dass der Grundgedanke des Gesetzes, die Schaffung eines Marktes für Energieeffizienz innovativ und

positiv zu sehen ist. Bei der Umsetzung würde es leider einige Sündenfälle geben, indem Maßnahmen sehr großzügig anerkannt werden würden. Als Beispiel sprach er vom Einsatz wassersparender Armaturen als Energieeffizienzmaßnahme. Eine Umfrage bei 100 befragten Personen zeigt, dass 57% diese nicht eingebaut haben, 21% diese nicht eingebaut und weggeworfen haben. Der Vollzug des Energieeffizienzgesetzes müsste daher wesentlich verbessert werden.

Als Fazit nannte Schneider, dass die Energieeffizienz ohne Komfortverlust erhöht werden kann, es derzeit zu wenig Anreize für Effizienzsteigerungen gibt und es auch Ordnungspolitik bei Mobilität, im Gebäude- und im Produktionsbereich bräuchte. Das Top-Runner-Prinzip in Japan, wonach grundsätzlich keine Geräte auf den Markt gebracht werden dürfen, die den Verbrauchswert des Bestgerätes um einen bestimmten Prozentsatz überschreiten, nannte er als gutes Beispiel für die Erhöhung der Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten.

Christian bedankte sich und machte darauf aufmerksam, dass es die Elektromobilität in Form des öffentlichen Personenverkehrs bereits gibt. Er merkte an, dass die notwendigen Maßnahmen zur Zielerreichung umso strenger werden, je länger wir mit der Umsetzung zögern, …

Univ. Doz. Mag. Dr. Stephan Schwarzer, Wirtschaftskammer Österreich, Abteilungsleiter für Umwelt- und Energiepolitik steuerte viele Daten bei, stellte diverse Überlegungen an und sprach über generelle politische Instrumente.

„Die Wirtschaft erarbeitet Lösungen im Sinn der Energie- und Klimaziele. In der Luftreinhaltung, in der Abfallwirtschaft, gegen das Waldsterben, beim Gewässerschutz wurden Lösungen gefunden. Es können auch hier Lösungen gemeinsam erarbeitet werden, nicht einer gegen den anderen.“, war Schwarzer optimistisch. „Die WKO ist daran interessiert ihre Beiträge einzubringen. Die Energie- und Klimazielerreichung ist per se keine Bedrohung, wenn man es richtig angeht“.

Verbote und Verzicht sollten nicht als erstes gesehen werden, wenn es um Nachhaltigkeit und Effizienz geht. Beispielsweise ist man freiwillig auf das Smartphone umgestiegen, so Schwarzer, weil das Angebot gepasst hat.

„In den 1970er Jahren in der Ölkrise hieß Energieeffizienz: Sommerzeit und Energieferien – offenkundig wurden Synergien mit Anliegen der Tourismuswirtschaft gesehen“. Nun gilt es, Synergien zur Beschäftigungspolitik zu finden und zu nutzen. Dies stärkt die Klimapolitik.

Oftmals wird Effizienz mit der technischen Effizienz gleichgesetzt, so Schwarzer. Gebäude können mit weniger kWh/m²a beheizt werden. Technisch betrachtet können weniger kWh pro 100 km Fahrstrecke eingesetzt werden. Allerdings ist dies auch vom Verhalten des Konsumenten abhängig.

Fast jeder Industriezweig hat gezeigt, dass der Energieeinsatz pro Tonne Output reduziert werden kann. Know How der Unternehmer, Energiemanagement, sind dazu erforderlich. „Energiesparen klingt vielleicht etwas verstaubt (Licht abschalten, Beheizung der Schule am Wochenende abschalten, …), aber es tut niemandem weh“, so Schwarzer.

Der auferlegte Verzicht wäre das andere Extrem (Verzicht des Autofahrens, Verzicht auf Fleisch, …), hier treten sehr rasch Akzeptanzprobleme auf, weil Menschen ihren Lebensstil selbst wählen wollen.

Durch Strukturentwicklung kann zur Effizienz beigetragen werden, z.B. wärmeintensive Betriebe in Regionen mit Wärmeüberschuss ansiedeln – Warum gibt es keine Abwärmeraumplanung?, hinterfragte der Referent von der WKO. Er machte darauf aufmerksam, dass die Distanz zwischen Wohnung und Arbeit Verbrauch erzeugt, … Komfort bei der Bahn steigert das Bahnfahren (siehe die private Westbahn), … Dies hat wiederum mit Effizienz zu tun. „Vielleicht könnte durch die Privatisierung des öffentlichen Verkehrs die Dienstleistung besser und billiger erbracht werden“, so Schwarzer.

Auch das Arbeitsrecht könnte ein Hebel für Energieeffizienz sein: Verschiebung der Arbeitszeiten und damit der Mobilitätsbedarfe erlaubt Entflechtung und vermeidet Stauemissionen.

Wenn Österreich in internationalen Vergleichen mit anderen Ländern weit vorne ist, dann auch und vor allem auf Grund der heimischen Fachkompetenz. „Umwelt Management Austria stellt der Wirtschaft über seinen MSc-Lehrgang Management & Umwelt kompetente Mitarbeiter zur Verfügung“, betonte Schwarzer.

Die Wirkung ordnungsrechtlicher Vorschriften wird nach Meinung von Schwarzer überschätzt. Es braucht Information, Kompetenz und Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen. Mit einem Federstrich des Gesetzgebers „es müssen 1,5% eingespart werden“ allein sind Energieeinsparungen nicht erzielbar, dazu bedarf es umfassender Aktivitäten auf vielen Ebenen.

Schwarzer kritisierte die Förderpolitik Österreichs. „Mal gibt es eine Förderung mal nicht, mal wird sie erhöht, mal gesenkt, … Versprechen der Politik halten nicht wirklich stand. Beim Klima- und Energiefonds schmilzt das Budget wie Schnee in der Frühjahrssonne.“

Es gibt viele aussichtsreiche Themenfelder zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, mehr als in den Folien aufgeführt z.B. E-Mobilität, Gewerbe und Industrie als Prosumer, neue Wärmekonzepte, Mobilisierung von privatem Kapital für Energiewende-Projekte, Power-to-Gas, .. betonte Schwarzer. „Viel wäre in einer Energie- und Klimastrategie dazu möglich.“ „Es gibt auch Instrumente, die den Staat nichts kosten.“

Als weitere Good-Practice-Beispiele nannte Schwarzer „minimal-invasive Änderung der Dienstwagenbesteuerung und den sprunghaften Anstieg bei E-Pkw-Anmeldungen“. Er fragte: „Warum nicht auch I-GL – Tempolimits und Verkehrsraumbewirtschaftung für E-Mobilität nutzen?“

Schwarzer wies darauf hin, dass die erste Klimastrategie aus dem Jahr 2002 nicht sehr berauschende Erfolge hatte. Er machte darauf aufmerksam, dass das Paris-Ziel noch in weiter Ferne liegt und sich die Energie- und Klimapolitik mit Beschäftigungspolitik verbünden müsse: „Wir haben 450.000 Arbeitssuchende, … Viele positive Effekte könnten erzielt werden.“

Schwarzer umschrieb das Energieeffizienzgesetz mit: „Viel Aufwand und wenig Zusatznutzen. Es fallen Kosten für Administration, Monitoring, Validierung, Kontrolle, Reporting, … von mehr als 50 Mio. € pro Jahr an.“ Zum Vergleich nannte er die Ausgleichszahlungen in Höhe von lediglich 1 Mio. € für 2015.

Der Lehrgang EUREM der WKÖ mit bereits 700 Absolventinnen und Absolventen zeigt, dass sich Investitionen rechnen, so Schwarzer. Anhand der Gebäudesanierung signalisierte der Referent, dass das Energieeffizienzgesetz nur kurz- oder mittelfristigen Maßnahmen hilft. „Ob sich Gebäudesanierungen nach 18 oder 19 Jahren rechnen, macht nicht den Unterschied. Das Energieeffizienzgesetz schneidet aber Maßnahmen mit 2020 ab. Im Jahr 2019 ist eine Sanierungsmaßnahme nur mehr bis 2020 gültig, danach nicht mehr. Damit werden Sanierungen ausgeschlossen. Was passiert, sind Vorziehprojekte. Für den Lampentausch braucht es aber kein Energieeffizienzgesetz.“

Schwarzer machte darauf aufmerksam, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien behindert wird z.B. bei E-Tankstellen, bei Solartechnik auf Gewerbedächern. Legistisch könnten viele Dinge vereinfacht werden, so der Referent.

Er führte in seinen Vortragsfolien auch einige Beispiele für den Bürokratieabbau an: Klarstellung für Ladestationsbetreiber, dass sie nicht dem ElWOG unterliegen, ElWOG-Konzessionszwang für Mehrparteienhäuser streichen, ÖSG-Anerkennungsbescheide für nicht-rohstoffbasierte Anlagen streichen, anlagenrechtliche Genehmigungspflichten für Ladestationen und Solarmodule streichen.

Christian sagte am Ende des Vortrags zum Thema Anreiz oder Vorschrift: Niemand mag Regulierungen. Die ordnungsrechtlichen Beschränkungen erfreuen sich keiner großen Akzeptanz. Allerdings werden diese umso mehr erforderlich je später man beginnt, die Energie- und Klimaziele energisch anzustreben.

Ing. Friedrich Riess, Geschäftsführer und Inhaber der mittelständischen RIESS KELOmat GmbH, eines der letzten drei Email-Unternehmen in Europa (Exportländer: EU, Japan, Korea, Australien, Neuseeland, USA); mehrfach ausgezeichnet für Leistungen im Bereich

der Erschließung von Energieeffizienzpotenzialen, mit dem TRIGOS Niederösterreich 2015 im Bereich CSR-Engagement, … sprach aus Unternehmersicht zum Thema.

Riess informierte darüber, dass sein Unternehmen seit 1550 existiert und seit jeher auf Nachhaltigkeit gesetzt wird. Es konnte nicht mehr Holz genutzt werden als nachwächst, … Email beschichtetes Geschirr mit dem Trägermaterial Stahl ist im Vergleich zu Kupfergeschirr, … effizienter. Es geht weniger Energie verloren. Mit dem Aufkommen des Strommonopols war Energiesparen nicht mehr in, so Riess.

„Lehre“ seines Unternehmens „war und ist, nicht über die Verhältnisse leben, Lebensgrundlagen erhalten, keine Abhängigkeiten, Wissen generieren, …“

Auf der Suche nach einer besseren Energieform als Steinkohle kam man auf die Wasserkraft. Seit 1926 ist RIESS energieautark. Strom wurde als die Energieform der Zukunft betrachtet. Die RIESS KELOmat GmbH zahlt für selbsterzeugten und selbstgenutzten Strom Steuern - eigentlich doch widersinnig! „Energieeffizienz heißt auch Vor-Orterzeugung und Vor-Ortnutzung.“ Wenn ich bei meinem Zaun Photovoltaik anbringe, fragt man, ob sich das rechnet, so Riess. „Fragt jemand, ob sich ein Zaun rechnet?“

Man hat 24°C, 24 Stunden im Haus aber keiner ist daheim. „Die beste Energieform ist die, die nicht benötigt wird.“

Effizienz bei der Produktion hieß Abwärme ins Freie lassen. Es wurden Umkehremailöfen mit Wärmetauscher entwickelt und die Energie effizienter genutzt. Der Ofen wird im Zweischichtbetrieb gefahren. Abwärme wird auch zur Bereitstellung von Raumwärme genutzt. Der Energieeinsatz des alten Ofens wurde noch einmal gesteigert. Wir finanzierten Energieeffizienz und hatten Feinde, so Riess.

„Menschen haben einen Wertewandel, die Leute wollen wissen wie etwas und wo etwas produziert wird. Wir müssen sagen, wir wollen Energieeffizienz, wir wollen etwas für die Zukunft. Wir müssen sagen, dass wir Rahmenbedingungen brauchen.“

Riess brachte weitere Beispiele aus seiner Erfahrung für Bürokratie, die das alltägliche Unternehmerleben erschwert: „Die Eisenfällung muss vorhanden sein, obwohl kein Eisen im Wasser ist. Eine neue Maschine mit Stand der Technik verbraucht mehr Strom als die alte.“

Als Fazit forderte Riess: „Schaltet das Hirn ein. Wir wollen Effektivität! Wir müssen aufhören Energie zu verschwenden, Energieeinsparung ist ohne Komfortverlust möglich! Wir müssen auf den übertriebenen Technikwahn verzichten.“

Die Diskussion mit dem Publikum brachte eine enorme Bandbreite an Fragen und Hinweisen:

Von der Ankündigung der bevorstehenden Präsentation einer aktuellen Studie zur Energieeffizienz und den Einsparpotenzialen in Österreich bis 2030 über Fragen nach der gesetzlichen Verankerung des Vorrangs erneuerbarer Energien; zur Diesel-Bevorzugung; Kosten der Zertifikate in Folge der Kyoto-Vereinbarung; Rebound-Effekten; Problemen der „Zwangslüftung"; Vorzüge der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (Westbahn); Kritik, dass auch bei Luft, Wasser und Abfall nicht alles in Ordnung sei; der Problematik des Bevölkerungswachstums weltweit; der Frage nach dem Einbeziehen der Sustainable Development Goals; den Möglichkeiten privaten Handelns; des Contracting; … bis hin zum Spannungsfeld zwischen Freiwilligkeit und ordnungsrechtlichen Vorschriften wurden Themen angesprochen. Vorwürfe der Inaktivität und des Verhinderns wurden insbesondere an die Wirtschaftskammer gerichtet. Besonders aggressiv wurde die Problematik des Flugverkehrs angesprochen.

In der Folge werden etliche Antworten angeführt, ohne vollständig sein zu können:

Dr. Schneider erläuterte zum Flugverkehr, dass die Emissionen in den Berichten ausgewiesen werden. Die Größe der Emissionen des internationalen Flugverkehrs beträgt ca. 10% des gesamten Verkehrs in Österreich.

Zur Erfüllung der Verpflichtungen auf dem Kyoto-Protokoll wurden von Österreich Zertifikate im Ausmaß von rd. 71 Mio. CO_2-Aquivalenten für die Jahre 2008-2012 zum Preis von rd. € 420-430 Mio. zugekauft. Genaue Zahlen finden sich in den Berichten der KPC, so Schneider. Im Zuge einer ökosozialen Steuerreform sollte u.a. das Dieselprivileg jedenfalls beseitigt werden, antwortete Schneider auf eine Frage.

Er bestätigte, dass es im Gebäudesektor Abweichungen bei den Berechnungen der Einsparungen und den tatsächlichen Verbrauchen gibt. Ursache dafür ist auch das Verbraucherverhalten z.B. werden nach der Sanierung Räume öfter stärker geheizt, vorher nur die Räume in denen man öfter war. Man spricht hier auch von Rebound-Effekten. Christian ergänzte, dass sich Umwelt Management Austria im Projekt „urbane Rebound-Effekte" auch dieses Themas angenommen hat. Nicht alle Mehrverbrauche dürfen diesem Effekt zugerechnet werden (z.B. Baumängel). Er ermahnte nicht auf zuletzt oft gehörte Killerphrasen hineinzufallen nach der Art: „Effizienz ist sinnlos wegen der Rebound-Effekte." Ohne Effizienzmaßnahmen gibt es keine Rebound-Effekte (die über das Nicht-Erreichen von Effizienzzielen definiert sind). Es zeigt sich aber: je wirkungsvoller die Effizienzmaßnahme ist, desto kleiner sind der Energieverbrauch und auch der direkte Rebound-Effekt. Rein prinzipiell lässt sich dieser Gedanke auch auf indirekte Rebound-Effekte übertragen. Werden alle Energiedienstleistungen möglichst effizient erbracht, so sind auch die indirekten Rebound-Effekte geringer. Energieeffizienz ist daher von zentraler Bedeutung, nicht nur für die Transformation des Energiesystems insgesamt, sondern auch für die Reduktion von Rebound-Effekten.

Schwarzer machte darauf aufmerksam, dass die WKO „nicht an allem Schuld“ ist. Im Gegenteil: Die WKÖ war bei der Mitgestaltung vieler anerkannter Success-Stories beteiligt (Aufschwung Umwelttechnikwirtschaft, Eindämmung Energieverbrauch, Ausstieg des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix). Er erinnerte daran, dass er etliche Beispiele für Effizienzmaßnahmen, die die WKO befürwortet, im Vortrag genannt hatte, so z.B. E-Mobilität, Abwärmeraumplanung, Kontinuität in der Förderpolitik statt stop-and-go. Die Dienstwagenbesteuerung war eine Initialzündung für die E-Mobilität.

Weiteres Beispiel für proaktive WKÖ-Vorschläge: Die WKO schlägt vor, dass die Besteuerung von selbsterzeugtem und selbstverbrauchtem Strom entfallen kann. Wesentlich mehr Abwärme könnte wesentlich besser genutzt werden. Es gibt leider Fälle, dass an Standorten mit Abwärmeüberschüssen dennoch Heizkraftwerke gebaut werden, verdeutlichte der Referent. Die Vorwürfe an die WKO, sie habe keine Vorschläge, sind unzutreffend, so Schwarzer.

Schneider machte darauf aufmerksam, dass es einen Vorrang für erneuerbare Energien in der Stromerzeugung gibt, die EU diesen aber mit dem Vorschlag im Winterpaket abschaffen will. Das UBA ist aber der Ansicht: „Solange es keine Internalisierung externer Kosten bei der Energieaufbringung gibt, ist der Vorrang für erneuerbare Energien erforderlich.“

Schwarzer sagte, dass es auch schlimm ist, wenn man erneuerbare Energieanlagen baut aber die Transportleitungen „vergisst“.

Ing. Riess erfuhr breite Zustimmung: „Das um und auf ist das Denken. Von allen Seiten hört man Wirtschaftswachstum, Wirtschaftswachstum, …dies steigert aber den Energieverbrauch. Ressourcen schonen mit eigenen Ideen und Initiativen ist gefragt.“

Riess wies auf etliche Mängel und Bürokratismus hin. Er erklärte, dass eines der besten Trägermaterialien für Email Eisen - bereits durch seine Firma verwendet - ist. Die EU sollte nach seiner Meinung Vorgaben für E-Herde verschärfen. Der Referent machte darauf aufmerksam, dass sein Unternehmen kein Umweltzeichen für seine Produkte erhalten hat, weil es in Österreich keine Vergleichsprodukte gibt. Er war der Meinung, dass gute Dinge für die Umwelt vor den Vorhang und beworben gehören. Er verwies auf entsprechende Maßnahmen der WKO. Riess sprach davon, dass sein Unternehmen bereits Geschirr, das für Induktionsherde geeignet ist, produziert. Betreffend die Effizienz meinte der Unternehmer abschließend, dass der Umsatz seines Unternehmens verdreifacht und der Strombedarf nicht wesentlich erhöht wurde.

Schwarzer sagte zum Spannungsfeld freiwilliges Engagement und gesetzliche Vorgaben, dass es engagierte Energiemanager oder Unternehmenspersönlichkeiten wie Riess braucht und es diese auch in der Praxis zahlreich geben würde. Der Qualifikation und Motivation von Energiemanagern komme daher große Bedeutung zu. Allein die WKÖ hat 700 hochqualifizierte Energiemanager ausgebildet.

Schwarzer unterstrich, dass es Erfolge im Bereich Luft, Abfall, Gewässerschutz, … auch auf Grund von Gesetzen gibt, aber man abwägen müsse, ob es Maßnahmen gibt, die auch ohne Gesetze umgesetzt werden können. „Gesetze sind notwendig, aber es gibt einige Maßnahmen die ohne Gesetze mit besserer Akzeptanz umgesetzt werden können. Die Abfallwirtschaft wäre aber sicherlich ohne die Gesetzgebung nicht so aufgeblüht“, so Schwarzer. Dem steht gegenüber, dass Vorschriften oft mangels Praxistauglichkeit gar nicht umgesetzt werden können.

Contracting-Modelle sind ein Teil der Szenerie und leider nur eine Nische, so der Referent. Photovoltaik sollte auf Gebäude bzw. in Gebäude integriert werden, so Schwarzer.

Schneider sah großes Potenzial bei Photovoltaik und Windkraft ohne Konflikte mit dem Naturschutz. Schneider meinte, dass Herr Riess betreffend die Effizienz und Nachhaltigkeit leider nicht repräsentativ für die Unternehmen in Österreich ist. Leider sind nicht alle Unternehmen beim Umweltschutz gut unterwegs, siehe VW.

„Der Gütertransport ist ein interessantes Thema. Die Fahrzeuge sind generell effizient. Rechnerisch kann dadurch eine Tonne Ware auf 100 km mit 1 l Diesel transportiert werden. Beim Pkw ist die Effizienz (Berechnet als Energieeinsatz pro kg transportierter von Ware oft um einen Faktor 1000 geringer).“

Die Energie- und Klimaziele sind Positivziele. Ihre Erreichung bringt auch wirtschaftliche Vorteile. Wir müssen Widerstände überwinden und sagen, dass bestimmte Technologien und Strategien nicht überlebensfähig sind, so Schneider abschließend.

Christian fasste abschließend zusammen: Um die „Paris“-Ziele zu erreichen und die Transformation des Energiesystems erfolgreich voranzutreiben, sind in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen Änderungen notwendig. Die Realisierung vieler der genannten Maßnahmen setzen die Beseitigung von (rechtlichen, finanziellen, …) Hemmnissen und die Schaffung von Anreizen voraus. Sehr viel kann aber jeder und jede, können Städte und Gemeinden auch jetzt schon umsetzen. Christian war davon überzeugt, dass man mit freiwilligen Maßnahmen der Zielerreichung von Paris bei weitem nicht ausreichend näher kommen wird und es daher einen rechtlichen Rahmen, finanzielle Anreize sowie Bildung und Motivation braucht.

Die Präsentationen zum Fachdialog am 21.02.2017 stehen online zur Verfügung unter:
http://www.uma.or.at/fachdialog-am-21.-februar-2017energieeffizienz.html

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH